

Aktuelle Rechtsprechung im Sozialversicherungsrecht

Tagung Sozialversicherungsrecht, FHNW, 2022

2. November 2022

Susanne Friedauer. lic. iur., Rechtsanwältin
Kaspar Gehring, lic. iur., Rechtsanwalt
Fachanwälte SAV Haftpflicht- und Versicherungsrecht

📍 Ulrichstrasse 14
CH-8032 Zürich

☎ +41 44 388 57 57

📠 +41 44 388 57 58

✉ info@kspartner.ch

🖱 kspartner.ch



ATSG – Verspätete Mitwirkung am Gutachten

Urteil 8C_404/2021 vom 22. März 2022

- Nach einem gerichtlichen Rückweisungsentscheid sah sich die Versicherte nicht in der Lage am Gutachten mitzuwirken. Die IV Entscheid auf Abweisung des Leistungsbegehren.
- Drei Jahre später erklärte sie, sie können sich nun der Begutachtung unterziehen.
- Nichteintreten auf die «Neuanmeldung» wegen unveränderter tatsächlicher Verhältnisse.

ATSG – Immer diese Fristen!

Versicherungsgericht St. Gallen vom 08.12.2021 UV 2021/22

- Rechtskraft von formlosen Entscheiden
- Fall, in welchem unter Berücksichtigung der *konkreten Umstände* die Rechtskraft auch mit Rechtsvertretung *nach* einem Jahr nicht eingetreten ist.

ATSG – Immer diese Fristen!

BGer 8C_217/2021 vom 7. Juli 2021

- Grundlagen und Rechtsprechung zur Nachfrist (Art. 40 Abs. 1 und 61 lit. b ATSG, Art. 10 Abs. 5 ATSV, BGE 142 V 152, 134 V 162)
- Die *Einsprachefrist* ist grundsätzlich nicht erstreckbar. Der Rechtsvertreter kann aufgrund seiner Rechtskenntnisse nicht auf eine unzulässige Nachfrist bzw. Fristverlängerung vertrauen.
- Der Rechtsvertreter muss wissen, dass er mit dem Anfordern der Akten nicht bis zum letzten Tag zuwarten darf, um dadurch eine *Nachfrist* zu erzielen.
- Ähnlich für die Vertretung durch eine Rechtsschutzversicherung BGer 8C_289/2022 vom 5. August 2022 und für einen Wechsel der Rechtsvertretung in 8C_244/2022.

ATSG – Und wenn die Frist abgelaufen ist?

BGer 8C_98/2022 vom 6. April 2022

- Rechtsprechung zur *Legitimation der Arbeitgeberin* zur Anfechtung eines Einspracheentscheides UVG
- Eine Legitimation ergibt sich auch, wenn der Einspracheentscheid der Arbeitgeberin nicht eröffnet wurde und diese erst später davon erfuhr, da Verfügungen allen beschwerdebefugten Dritten zu eröffnen sind.

ATSG – Ausstand von Gutachtern; schwierig!

9C_810/2014 vom 1. Dezember 2014

- Kein Ausstandsgrund wenn:
- *Deutsche Ärzte unbekannt*; das ist gerade kein einzelfallbezogener Ablehnungsgrund.
- 1966 in Deutschland zugelassen, zu *alt*; dies ist ein materieller und kein formeller Grund.
- *Organisation* und Zusammensetzung sei bei der konkreten MEDAS nicht gewährleistet. Dies ist ein struktureller Grund.
- Fazit: Ausser wenn man bekannt, verwandt oder verschwägert ist, gibt es keine Gründe.

ATSG – Ausstand und Frist!

BGer 8C_514/2021 vom 27. April 2022

- Helsana veranlasst ein Gutachten bei E. auf Vorschlag des Vertrauensarztes C., die beide in den *gleichen Räumlichkeiten* tätig sind.
- Ein neuer Anwalt macht Ablehnung/Befangenheit geltend nach Akteneinsicht. Das ist nicht verspätet, weil die vorherige Rechtsschutzanwältin *keine allgemeine Verpflichtung zur Nachforschung* hatte und nicht nachgewiesen ist, dass der Versicherte den Namen des Vertrauensarztes C. im Kopf gehabt hätte, als er sich zur Begutachtung in die Praxis von E. begab.
- Anschein der Befangenheit, weil die Konstellation nicht vergleichbar ist mit 8C_1058/2010 (dort waren 2 Psychiater in multidisziplinären Kompetenzzentren ohne regelmässig gleichzeitige Anwesenheit in den gleichen Räumlichkeiten tätig). Vorliegenden Falls tägliche Kontakte und wirtschaftliche Interessengemeinschaft.

ATSG – Vertrauen in telefonische Auskunft?

BGer 8C_545/2021 vom 4. Mai 2022

- Vertrauensgrundsatz bei telefonischer Zusage, die Taggelder der ALV würden weiterhin fliessen vermindert um die Rentenzahlung des vorzeitigen AHV-Bezugs (Zusage entgegen Art. 8 Abs. 1 lit. d AVIG).
- Eine telefonische Auskunft ist für einen Beweis von vornherein kaum geeignet.
- Die *Aktenführungspflicht* wird bei geringfügigen Unzulänglichkeiten nicht verletzt. Aber für jedes Sozialversicherungsverfahren sind alle Unterlagen, die massgeblich sein können, vom Versicherungsträger systematisch zu erfassen. Es ist alles in den Akten festzuhalten, was zur Sache gehört und entscheidwesentlich sein kann. *Wenn die Verwaltung mit einem Beteiligten ein Gespräch führt, hat sie wenigstens den wesentlichen Inhalt in einem Protokoll festzuhalten.*

ATSG – Vertrauen in telefonische Auskunft?

BGer 8C_545/2021 vom 4. Mai 2022

- Es wäre hier also angezeigt gewesen, die erfolgte telefonische Anfrage mit der ergangenen Antwort in den *Akten zu vermerken*. Auch mündlich angebrachte Vorbehalte der Versicherung im Rahmen eines laufenden Verfahrens dürfen und müssen gegebenenfalls in der Aktennotiz vermerkt werden.
- Hier kann aber die Anforderung an einen Aktenvermerk offenbleiben. Es ist nämlich kein überspitzter Formalismus, wenn verlangt wird, *leistungsrelevante Anfragen nicht telefonisch, sondern schriftlich zu stellen* und sich telefonische Auskünfte schriftlich bestätigen zu lassen. Gerade ein AHV-Rentenvorbezug wäre genug Anlass gewesen, eine solche schriftliche Bestätigung zu fordern wegen der beträchtlichen Tragweite!

ATSG – Wieweit muss die IV beraten?

BGer 9C_324/2021 vom 16. September 2021

- Die Anmeldung zur Früherfassung ist keine offizielle Anmeldung zum Leistungsbezug i.S.v. Art. 29 ATSG.
- Es gehört aber zum Kern der *Beratungspflicht* nach Art. 27 ATSG, die versicherte Person darauf aufmerksam zu machen, dass ihr Verhalten eine Voraussetzung des Leistungsanspruchs gefährden kann.
- Bei Abschluss der Früherfassung war ein Rentenanspruch nicht ausgewiesen oder absehbar, aber auch nicht ausgeschlossen. Wenn die IV-Stelle in diesem Zeitpunkt ausdrücklich von einer Anmeldung zum Leistungsbezug abrät, ohne darauf hinzuweisen, dass eine spätere Anmeldung auch die Entstehung eines allfälligen Rentenanspruchs gemäss Art. 28 IVG verzögern würde, verletzt sie die Beratungspflicht → die versicherte Person ist nach Treu und Glauben so zu stellen, wie wenn sie darauf aufmerksam gemacht worden wäre und sich unverzüglich angemeldet hätte.

ATSG – Hohes Vertrauen in Sprachkenntnisse?

BGer 8C_787/2021 vom 23. März 2022

- Sprachliche Schwierigkeiten erfordern eigentlich eine Begutachtung mit Dolmetscher (BGE 140 V 260).
- Der Beweiswert eines Gutachtens ohne Dolmetscher wird allerdings nicht geschmälert, wenn *nach den Umständen ausgeschlossen werden kann, dass sich die fehlende Übersetzung wesentlich auf die gutachterliche Beurteilung ausgewirkt hat*. Solche konkreten Missverständnisse müssen also im Sachverhalt gerügt werden, da ansonsten Vorinstanz und Bundesgericht auf das Gutachten abstellen.

AHVG

BGer 9C_24/2022 vom 5. April 2022

- Zusammenfassung der gesetzlichen Grundlage und Rechtsprechung zum Anspruch auf Waisenrenten für Pflegekinder (Art. 22^{ter} AHVG, Art. 49 AHVV)
- Es besteht eine genügende gesetzliche Grundlage für die Rechtsprechung hinsichtlich unentgeltlicher Pflege.
- Die Voraussetzungen für eine Praxisänderung sind nicht erfüllt.
- Der *Lebenskostenindex* der UBS AG ist eine taugliche Grundlage (auch für Thailand als Wohnsitzland).
- Die Anwendung ist auch kein Verstoss gegen Grundrechte (BV und EMRK).

Invalidenversicherung – Wiedereingliederung vor Rentenaufhebung

BGer 8C_104/2021 vom 27. Juni 2022

- In BGE 145 V 209 wurde offengelassen, ob für den Eckwert Alter 55 der Zeitpunkt der Verfügung oder der medizinischen Zumutbarkeit massgebend ist.
- In Würdigung der Überlegungen von BGE 145 V 5 und 141 V 5 ist es der (spätere) *Verfügungszeitpunkt* auch für eine rückwirkend befristete und/oder abgestufte Rente.
- Rückweisung an die Vorinstanz, weil in deren Urteil die notwendigen Feststellungen für eine Beurteilung der Selbsteingliederungsfähigkeit fehlen.
- Die Rüge «Eingliederung vor Rente» wurde zwar erst vor Bundesgericht vorgebracht. Ohne diesbezügliche Abklärungen darf aber eine Rente nicht aufgehoben werden, die Frage ist sowieso von Amtes wegen zu prüfen, weshalb sie zum Streitgegenstand gehört.

Invalidenversicherung – Echte Eingliederung

BGer 9C_231/2021 vom 28. Juli 2021

- Die IV veranlasste im Rahmen einer Revision eine Abklärung der Eingliederung und anschliessend Arbeitsvermittlung. Sie hob die Rente auf, weil sich der Versicherte zu wenig bewarb.
- Voraussetzungen der Schadenminderungspflichten bei Wiedereingliederungsmassnahmen (BGE 145 V 2). Dazu gehört nicht, dass die Arbeitsvermittlungsfachperson eine bestimmte Anzahl eigenständiger Bewerbungen verlangt, da dies keine Eingliederungsmassnahme gemäss Art. 8a IVG ist.
- Es besteht also weiterhin Anspruch auf eine ganze Rente.

Invalidenversicherung

BGer 8C_240/2022 vom 23. August 2022

- Die IV anerkennt ein Wiedererwägungsgesuch gemäss Art. 53 Abs. 2 ATSG hinsichtlich einer verweigerten Rente, spricht diese aber im spätestmöglichen Zeitpunkt zu.
- Es gibt *kein voraussetzungsloses Ermessen* der Verwaltung hinsichtlich zeitlicher Wirkung einer anerkannten Wiedererwägung. Art. 88^{bis} Abs. 1 lit. c IVV ist in einem solchen Fall zu berücksichtigen.

Invalidenversicherung – Gutachten und AUF

BGer 8C_163/2022 vom 11. August 2022

- Bleierne Müdigkeit und Erschöpfung nach Behandlung einer 2015 erfolgten Brustkrebsdiagnose. Verdacht auf Fatigue-Diagnose (CrF).
- *Nach* der Verfügung erstellte Hausarztberichte sind zu berücksichtigen, da sie dieselben Symptome beschreiben wie sie bereits ab 2016 wiederholt in den Akten enthalten sind (enger Zusammenhang zum Streitgegenstand).
- Tumorassoziierte Fatigue ist ein eigenständiges Krankheitsbild, Ursachen und Entstehung nicht ganz geklärt, kann aber auch eine mögliche Spätfolge der Therapie sein (BGE 139 V 346 E. 3.3).

Invalidenversicherung – Gutachten und AUF

BGer 8C_163/2022 vom 11. August 2022

- Im SMAB-Gutachten sind die Symptome zwar erwähnt, allerdings unter Hinweis auf *unklare Ätiologie* und vermutet wird ihr Auftreten in Verbindung mit allfälligen Nebenwirkungen von Tamoxifen, dessen Absetzung gemäss den Gutachtern medizinische Risiken in sich birgt.
- Das sind alles *onkologische* Fragen und die Gutachter wären verpflichtet gewesen, zu nicht zu ihren Fachgebieten gehörenden Fragen entsprechende weitere medizinische Fachpersonen beizuziehen (BGE 139 V 349 E. 3.3.2 ff.).

Invalidenversicherung – Gutachten: Verdachtsdiagnosen klären!

BGer 8C_345/2021 vom 11. November 2021

- Die Vorinstanz geht von einem beweiswertigen ABI-Gutachten aus, das ohne Neurologie den Knieschaden vor einer Operation als chronifiziert und die Arbeitsunfähigkeit nach der Operation als vorübergehend einschätzte.
- USZ-Berichte enthalten die *Verdachtsdiagnose eines neuropathischen Schmerzgeschehens* (vor der Verfügung) und die entsprechende Diagnose (nach der Verfügung zur Folge einer therapeutischen Blockade des Nervus saphenus).
- Die Vorinstanz hat Beweiswürdigungsregeln verletzt wegen widersprüchlicher Einschätzung des ABI (ohne Neurologie) gegenüber dem USZ mit Neurologie, auch wenn die Diagnose erst nach der Verfügung und dem ABI-Gutachten dank der Blockade gestellt werden konnte.
- Rückweisung zum Gerichtsgutachten

Invalidenversicherung – Mehrdeutige AUF!

BGer 8C_131/2021 vom 27. Juni 2022

- Die IV macht einen Prozentvergleich bei 70 % Arbeitsfähigkeit gestützt auf ein bidisziplinäres Gutachten der Krankentaggeldversicherung (KTV).
- Der Untersuchungsgrundsatz ist verletzt, wenn *mehrere Interpretationen möglich* sind und 70 % nur eine mögliche Variante ist (neurologisch/psychiatrisch 6 Stunden pro Tag, chirurgisch 5 bis 7 Stunden pro Tag entsprechend einer Arbeitsfähigkeit von 60 % bis 80 % bei fehlender gesamtheitlicher Einschätzung in der Konsensbeurteilung, wobei zudem eine Arbeitsplatzanalyse für sinnvoll erachtet wurde).

Invalidenversicherung – Gutachten: Verbesserung des Gesundheitszustandes

BGer 9C_26/2022 vom 30. Mai 2022

- Revision 2017 einer IV-Rente von 100 % eines *nie erwerbstätig* gewesenen Versicherten mit der Diagnose Verdacht auf Persönlichkeitsstörung 2012.
- Eine *Verbesserung des Gesundheitszustandes* gestützt auf ein Gutachten 2020 mit der Begründung nach Reifung der Persönlichkeit ist für das Bundesgericht verbindlich (nicht offensichtlich unrichtig).
- Indessen ergibt sich, dass *nicht eine anspruchrelevante Steigerung der Arbeitsfähigkeit* mit erheblicher Veränderung im Erwerbsbereich mit Reduktion des Invaliditätsgrades von 100 % auf weniger als 70 % ausgewiesen ist. Weder Befunde noch Begründungen im Gutachten lassen diese Schlussfolgerung zu.
- Keine Aufhebung der Rente, weil die IV zu Art. 16 und 17 ATSG beweispflichtig wäre.

Invalidenversicherung – Dauerbrenner Homeoffice

BGer 8C_52/2022 vom 2. Juni 2022

- Persönlichkeitsstörung eines ca. 30-jährigen *Recyclisten* lege artis als verselbstständiger Gesundheitsschaden macht gemäss dem Gutachter eine 100 %-ige Arbeitsunfähigkeit angestammt, aber nach künftigen Therapieanstrengungen eine Arbeitsfähigkeit von 100 % angepasst mit dem Vorschlag Scheren schleifen von Zuhause aus.
- Das Zumutbarkeitsprofil erfasst einzig *Tätigkeiten alleine zuhause*. Tätigkeiten im Angestelltenverhältnis sind ausgeschlossen. Lediglich im Sinne einer Idee erwähnt der Gutachter Scheren schleifen mit dem Vater zusammen, wobei weder Kundenkontakt noch Auftragsakquisition zumutbar sind. Angesichts dieses sehr begrenzten Arbeitsplatzprofils, das sogar Nischenarbeitsplätze im Angestelltenverhältnis ausschliesst und der äusserst eingeschränkten möglichen selbstständigen Tätigkeit ist die theoretische Restarbeitsfähigkeit nicht verwertbar auf dem ausgeglichenen Arbeitsmarkt.

Invalidenversicherung – Dauerbrenner Homeoffice

- Auch aus BGer 9C_15/2020 E. 6.2 ergibt sich nichts anderes, da dort *Nischen im kaufmännischen Bereich* im Angestelltenverhältnis von zuhause aus zu diskutieren waren.
- Die gutachterlich vorgeschlagene Therapieintensivierung wird unterstützt. Die IV-Stelle wird allenfalls nach Rücksprache mit dem Experten und dem behandelnden Psychiater und falls nötig einem Mahn- und Bedenkzeitverfahren die entsprechende therapeutische Massnahme anzuordnen haben.

Invalidenversicherung – Unverwertbare Restarbeitsfähigkeit.

BGer 9C_21/2022 vom 15. Juni 2022; IV

- Ca. 50-Jähriger Produktionsmitarbeiter mit Gelenkproblemen.
- Zumutbarkeitsprofil gemäss Fachärztin Orthopädie: kein Heben und Tragen von Lasten von mehr als 3 Kilogramm, keine Zwangshaltungen und über Kopf Arbeiten, keine gebückte, kniende und gehockte Stellung sowohl für alle stehenden und alle sitzenden Tätigkeiten. Rein gehende Arbeiten mit verlängerten Pausen zu 45 % zumutbar.
- Keine Verwertbarkeit der Restarbeitsfähigkeit, weil Einschränkungen gehend wie stehend und Gewichtslimite 3 Kilogramm. Es ist nicht ersichtlich, wie damit die von der Vorinstanz beispielhaft aufgezählten Tätigkeiten (Hundesitter, «leichte Tätigkeit» in einem Tierheim, Zusteller von Werbeprospekten, Aufsicht in Museen, Platzzuweisung in den Theatern) ohne unrealistisches Entgegenkommen eines Arbeitgebers ausgeübt werden könnten.
- Im Übrigen gelten insbesondere Aufsichtstätigkeiten in einem Museum als Tätigkeiten mit der Möglichkeit zu Positionswechseln.

Invalidenversicherung: Fachfremde Aktenbeurteilung

BGer 9C_127/2021 vom 4. November 2021

- Eine reine **Aktenbeurteilung** kann Grundlage sein höchstens bei feststehendem medizinischen Sachverhalt mit vollständigem Überblick über Anamnese, Verlauf und gegenwärtigem Status.
- Bei neurologischem Hinweis auf eine fragliche neurologische Problematik und einer fachfremden Beurteilung durch den RAD-Chirurgen ein Jahr später bestehen Zweifel, auch wenn den Akten aus neurologischer Sicht keine Stellungnahme zur Arbeitsfähigkeit entnommen werden kann (es liegt kein lückenlos feststehender medizinischer Sachverhalt vor!) → Rückweisung zur Begutachtung durch die IV.

Invalidenversicherung – Nachträgliche Rentenanpassungen

BGer 9C_212/2021 vom 22. Oktober 2021

- Ganze Rente ab Februar 2011. Im September 2017 zeigt der IK-Auszug eine Teilerwerbstätigkeit ab November 2012. Im November 2018 sistiert die IV die Rente und hebt sie im Januar 2019 auf. Anschliessend veranlasst sie ein neues Gutachten.
- Art. 53 Abs. 1 ATSG: Der Revisionsgrund wurde im September 2017 bekannt, hätte die IV dann unverzüglich ein Gutachten in Auftrag gegeben, so wäre dies im Mai 2018 vorgelegen. Die Rente wurde aber mehr als 90 Tage später sistiert/aufgehoben. Die prozessuale Revision fällt weg.
- Art. 17 ATSG fällt weg, weil keine Befundänderung aus dem neuen Gutachten ersichtlich ist, nur eine andere diagnostische Einschätzung und eine andere Arbeitsfähigkeitseinschätzung.
- Art. 53 Abs. 2 ATSG: «Offensichtlich unrichtig» bezieht sich auf die Grundlage des damals bekannten Sachverhalts resp. die damalige Aktenlage. Ein Entscheid zu einer ursprünglichen Fehlerhaftigkeit von Tatsachen, die unverschuldetermassen verborgen blieben, ist nicht auf dem Weg der Wiedererwägung, sondern mittels prozessualer Revision zu korrigieren (soweit BGer 9C_603/2013 ohne Begründung anders vorging, ist dies kein Grund für eine Praxisänderung) → es liegt kein Rückkommenstitel vor.

Invalidenversicherung - Neuanschuldung

BGer 9C_57/2021 vom 8. Juli 2021

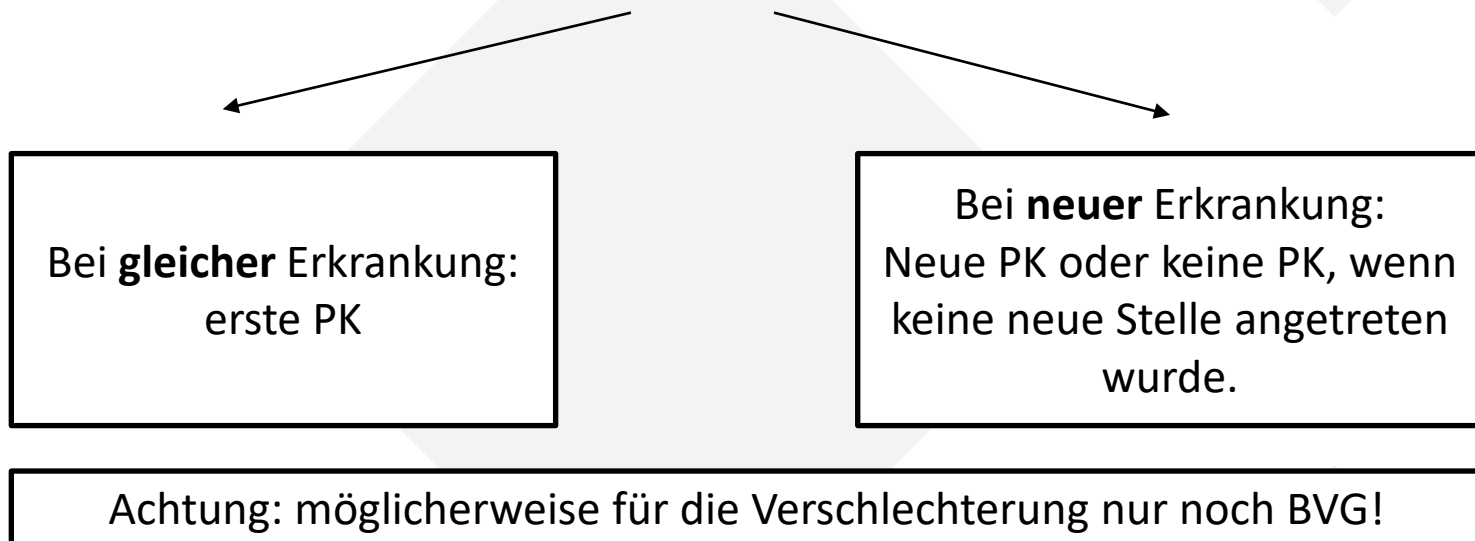
- Für das Glaubhaftmachen bei Neuanschuldung braucht es eine *veränderte Befundlage*.
- Testmässige Erfassung der Befunde (hier Beck-Depressions-Inventar) dient der Verifizierung von klinischen Befunden. Daraus ergeben sich zumindest Anhaltspunkte für eine Verschlechterung. Wenn die Vorinstanz eine Verschlechterung verneint, wendet sie das (falsche) Beweismass an (materielle Prüfung statt Glaubhaftmachung).
- Sodann spricht das letzte Gutachten vor mehr als *5 Jahren* für geringere Anforderungen an das Glaubhaftmachen.

Berufliche Vorsorge – Dauerbrenner BVG 23

- 9C_154/2021
- 9C_93/2021
- 9C_378/2012; 9C_659/2021
- 9C_388/2021
- 9C_570/2021; 9C_2/2022
- 9C_518/2021
- 9C_51/2022

Berufliche Vorsorge – Verschlechterung des Gesundheitszustandes und Zuständigkeit

- Verschlechterung **während Versicherungsunterstellung** unter eine PK: diese ist zuständig, unabhängig vom Grund der Verschlechterung.
- Verschlechterung **nach Beendigung der Unterstellung**:



Berufliche Vorsorge – Verschlechterung des Gesundheitszustandes und Zuständigkeit

BGer 9C_27/2021 vom 25. November 2021

- 50 %-Rente ab Mai 2010
- Wechsel der PK mit Übernahme der aktiven Versicherten und der Rentner per Januar 2011 (?)
- 100 %-Rente ab März 2015
- Dem Vertrag ist nicht zu entnehmen, wo die Rentner verbleiben, nur mündliche Abmachung und Aktennotiz.
- Diese wird als massgebend anerkannt und somit ist die neue PK auch für die Verschlechterung leistungspflichtig – sogar dann, wenn die erste PK irrtümlicherweise Leistungen erbracht hat.

Berufliche Vorsorge – Haftung Arbeitgeber

BVG 148 II 73 vom 26. Januar 2022 (Franz.)

- Unterlässt es ein Arbeitgeber, seinen Arbeitnehmer bei der Vorsorgeeinrichtung anzumelden, haftet er aus OR oder wie hier aus Staatshaftung.
- Die Frist zur Geltendmachung dieses Anspruchs beginnt bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses, die absolute Frist beträgt 10 Jahre.

Berufliche Vorsorge – nur Lebenspartnerschaft bei gleichem Wohnsitz und gemeinsamem Haushalt?

BGer 9C_485/2021 vom 21. Februar 2022

- Versicherter verstirbt im November 2018
- Schwester als einzige Erbin und Lebenspartnerin
- Seit 2010 Lebenspartner, also über 5 Jahre
- Gemeinsamer Haushalt?

Unter dem Titel gemeinsamer Haushalt kann nicht eine ständige ungeteilte Wohngemeinschaft an einem festen Wohnort verlangt werden, das ist nicht mehr zeitgemäss!

Es sind aber weiterhin besondere Umstände erforderlich, die einen gemeinsamen Wohnsitz (erheblich) erschweren oder verunmöglichen!

Berufliche Vorsorge – Dauerbrenner hypothetisches Einkommen

BGer 9C_532/2021 vom 22. März 2022

- PK zahlt keine Rente aufgrund einer Überentschädigung
- Darf hypothetisches Einkommen angerechnet werden?
- Nein, wenn sich eine versicherte Person während rund zweier Jahre – wenn letztlich auch erfolglos – ernsthaft und genügend um eine neue Arbeitsstelle bemüht hat. Es steht der Pensionskasse nicht frei, die Arbeitsbemühungen, die für die Arbeitslosenkasse genügend waren, in freier Beweiswürdigung anders einzuschätzen.

Berufliche Vorsorge – Beiträge aus Abgangsentschädigung

BGer 9C_374/2021 vom 3. Mai 2022 (Franz.)

- Abgangsentschädigung von 6 Monaten, Kläger verlangt Einzahlung von BVG-Beiträgen in die PK für diese Zeit.
- Die Versicherungsunterstellung BVG endet mit Ende Arbeitsverhältnis (das hier einvernehmlich festgesetzt wurde), BVG-Beiträge für die Abgangsentschädigung können nicht mehr eingebracht werden.
- Das Bundesgericht äussert sich nicht zur Rechtsprechung im Falle einer ungerechtfertigten firstlosen Kündigung. Bis anhin ist auch hier eine Einbringung von Beiträgen nicht möglich, die Rechtsprechung wird aber kritisiert.

Berufliche Vorsorge – von der IV- zur AHV-Rente

BGer 9C_582/2021 vom 27. Juni 2022

- Ist die Ausrichtung einer tieferen Altersrente im Anschluss an eine höhere Invalidenrente zulässig oder besteht ein Besitzstand?
- Anwendbar ist das Reglement zum Zeitpunkt der ordentlichen Pensionierung
- Nur im BVG-Obligatorium wird die IV-Rente lebenslänglich ausgerichtet, im Überobligatorium ist eine reglementarisch vorgesehene Reduktion zulässig – solange der obligatorische BVG-Anspruch nicht tangiert wird.
- Um die Jahrtausendwende gab es eine anderslautende Rechtsprechung, die aber überholt ist.

Berufliche Vorsorge – Highlight 2022!

BGer 9C_543/2021 vom 20. Juli 2022 (Franz., zur Publ.)

- Einer Waise wird der Anspruch auf eine Waisenrente der AHV abgesprochen, weil sie während der Ausbildung selbst einen zu hohen Verdienst erzielt (Fr. 28'680, Art. 49^{bis} Abs. 3 AHVV).
- Eine analoge Anwendung dieser Bestimmung auf das BVG verbietet sich, da eine gesetzliche Grundlage fehlt und mit der Rente der 1. Säule der reine Lebensbedarf gesichert wird, mit der Rente der 2. Säule hingegen soll der Bedarf des Kindes über diesen Minimalstandard verbessert werden.
- Ein äusserst begrüßenswerter Entscheid!

Unfallversicherung – Wer kann zurückfordern!

BGer 8C_742/2021 vom 4. März 2022

- Rückforderung der Suva gegen eine AG (Arbeitgeberin) von Taggeldern, die mit einer Zivilforderung der Arbeitgeberin gegen den Arbeitnehmer verrechnet wurden.
- Art. 120 OR ist nicht anwendbar, die Zivilforderung ist nicht Streitgegenstand.
- *Unfalltaggelder sind zweckgebunden.* Es besteht keine Gegenseitigkeit von Haupt- und Verrechnungsforderung. Eine Verrechnung durch die Arbeitgeberin wäre eine Zweckentfremdung von Unfalltaggeldern. Die Möglichkeit der Drittauszahlung solcher Taggelder dient nicht dem Schutz der Arbeitgeberin aus Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis, sondern es ist nur eine Realerfüllung zulässig.

Unfallversicherung – Neuer Unfall?

BGer 8C_596/2021 vom 12. Juli 2022

- Unfall 1989 mit der Folge Paraplegie, Suva-Rente und Integritätsentschädigung. 2019 bleibt der Versicherte mit dem Rollstuhl an einer Bettkante hängen. In diesem Zeitpunkt keine Versicherungsdeckung mehr bei der Suva. Ist es aber eine mittelbare Folge des Unfalls von 1989?
- Gemäss der Rechtsprechung läge eine *mittelbare Folge* eines früheren Unfalls vor, wenn der zweite Unfall sich während der Heilungsdauer des ersten ereignet, der Versicherte durch den früheren Unfall seinen bisherigen Lebensgewohnheiten entrissen worden war und der Versicherte der Gefahr eines zweiten Unfalls in erhöhtem Masse ausgesetzt war (Urteil i.s. Biel von 1919). Die gleichen Kriterien galten gemäss EVGE 1960 Seite 158 («Squaratti») bei Ansprüchen von Hinterlassenen als Anwendungsfall der adäquaten Kausalität. In einem weiteren Urteil U 71/97 war die allgemeine Adäquanzformel massgebend.

Unfallversicherung – Neuer Unfall?

- In einem weiteren Urteil U 71/97 war die allgemeine Adäquanzformel massgebend.
- Im Unterschied zu EVGE 1960 Seite 158 geht es hier nicht um jederzeit überraschend auftretende Schwächeanfälle, sondern das Angewiesensein auf einen Rollstuhl bereits seit beinahe 30 Jahren, wobei der Versicherte bei der Benutzung des Rollstuhls entsprechend geübt war.
- Ob die spezielle Formel gemäss Urteil Biel oder die allgemeine Adäquanzformel anwendbar ist, kann offenbleiben, da die Adäquanz mangels einer erhöhten Unfallgefahr so oder so zu verneinen ist.

Unfallversicherung – IE bei Prothesen.

BGer 8C_255/2021 vom 20. Juni 2022

- Die Integritätsentschädigung bei Endoprothesen wird nach dem unkorrigierten Zustand bemessen.
- Der Anhang 3 UVV definiert nicht, was ein Hilfsmittel ist. Gemäss BGer 8C_600/2007 ist nicht zu unterscheiden zwischen Hilfsmittel oder Ausgleich mit Prothesen.
- Ein Cochlea Implantat ist (anders als ein Hörgerät) kein Hilfsmittel. Ein *Transplantat mit körpereigener Sehne* ist daher auch kein Hilfsmittel.

Unfallversicherung – Blitzschlag V1

BGer 8C_437/2021 vom 25. November 2021

- Blitzschlag in einen Kran. Nach Fallabschluss/Endzustand der somatischen Seite prolongierten hier eine Depression und eine Schmerzstörung. Adäquanzdiskussion, wobei R. Deecke eine Praxisänderung beantragt (typisches Beschwerdebild? Schreckereignis? Psychopraxis?).
- Das Bundesgericht hat noch nie entschieden, wie die Folgen eines Blitzschlages einzuordnen sind. Das Spektrum der gesundheitlichen Folgen ist gross, das Verletzungsbild lässt keine Rückschlüsse zu hinsichtlich elektrischer Energie. Ein Blitzschlag lässt sich nicht vergleichen mit den bereits beurteilten (Stark-)Strom Unfällen.
- Das Bundesgericht lässt die meisten Fragen offen, reiht den Blitzunfall aber ein bei einem mittelschweren Unfall im Grenzbereich zu schwer. Es genügt ein einziges Adäquanzkriterium, das hier in Form der besonderen Eindrücklichkeit des Unfalls bejaht wird.

Unfallversicherung – Blitzschlag V2

BGer 8C_58/2022 vom 23. Mai 2022; Folgen eines Blitzschlages auf einer Hochtour.

- Unfallschwere ist aufgrund des augenfälligen Geschehensablaufs zu beurteilen. Irrelevant sind unfallfremde Begleitumstände, welche gegebenenfalls bei den Adäquanzkriterien zu berücksichtigen sind (BGE 140 V 356).
- Ein *Blitzschlag ist ein Unfall im Grenzbereich zu einem schweren Unfall*. Ein Adäquanzkriterium würde genügen. Eine besondere Eindrücklichkeit ist bei einem Blitzunfall zu bejahen, auch wenn keine Bewusstlosigkeit eintrat.
- Nicht zulässig ist es aber, den adäquaten Kausalzusammenhang zwischen psychischen resp. organisch nicht hinreichend nachweisbaren Beschwerden und einem Unfallereignis zu bejahen, bevor die sich in tatsächlicher Hinsicht stellenden Fragen bezüglich der Natur der gesundheitlichen Beeinträchtigungen und des natürlichen Kausalzusammenhanges gutachterlich geklärt sind.
- Rückweisung an die Versicherung zur Begutachtung, welche sich auch in der UV mit den Indikatoren auseinandersetzen muss.

Unfallversicherung – Accident Medical V1

BGer 8C_267/2021 vom 29. September 2022

- Ärztlicher Behandlungsfehler anlässlich einer Operation am Morgen, der zu einem *Hirninfarkt am Abend* führte.
- Bei einer Abfolge von Handlungen (Zusammenspiel mehrerer medizinischer Massnahmen bzw. Unterlassungen) ist das Merkmal der Plötzlichkeit des Unfallbegriffes (Art. 4 ATSG) in der Regel zu verneinen.

Unfallversicherung – Accident Medical V2

BGer 8C_430/2021 vom 17. November 2021

- Erweist sich die Indikation für die *Behandlung im Nachhinein als falsch*, liegt eine blossе Fehlbehandlung vor und muss der Unfallversicherer dafür nur aufkommen, wenn die (nicht indizierte) Vorkehr selber die Gewöhnlichkeit überschreitet.
- Hier war eine Ballonkyphoplastie nicht indiziert gemäss den Leitlinien. Im Rahmen des Eingriffs trat Zement aus in den Spinalkanal. Das ist eine mögliche bekannte Komplikation dieses nicht indizierten Eingriffs. Bei der Behandlung dieser Komplikation gab es gemäss den Vertrauensärzten aber keine Anhaltspunkte für *grobe Ungeschicklichkeiten resp. Abweichen vom medizinisch Üblichen*.
- Im Unterschied zu BGer 8C_526/2007 ging es hier nicht um eine seltene Komplikation, sondern musste der darüber aufgeklärte Versicherte damit rechnen, zumal es sich um einen alltäglichen Eingriff handelte (wenn auch ohne Indikation!) → die offensichtlich bestehende erweiterte Kausalkette wird also argumentativ verworfen.

Unfallversicherung – Versicherter Verdienst Berufseinsteiger!

BGer 8C_773/2020 vom 9. November 2021; Art. 15 Abs. 1 UVG zur Sonderbestimmung Art. 24 Abs. 3 UVV

- Die Rechtsprechung beruht auf dem Äquivalenzprinzip, eine berufliche Ausbildung muss «ursächlich kausal» sein für den berufsunüblich kleineren Lohn und umfasst nur das «primäre Ausbildungsziel».
- Hinweis auf Inkongruenzen bei Schnupperlehrling und Werkstudent (BGE 124 V 301 und RKUV 2002 1992 S. 177 und 2002 S. 145).
- Schrifttum und gesellschaftliche Entwicklung im Bildungsbereich etc. ändern nichts daran, dass das Schliessen einer unechten Lücke hier die Grenzen des institutionell Zulässigen überschreiten würde.
- Es bleibt dabei, dass eine Praxisänderung abgelehnt wird und auch die Verletzung von Verfassungs- und EMRK-Recht verneint wird.

Unfallversicherung – Versicherter Verdienst Volontariat!

BGer 8C_208/2021

- Eine Biologin *nach dem Masterabschluss* arbeitete als Aushilfe befristet beim BAG (bei der Suva versichert) und anschliessend in einem Volontariat/Forschungsprojekt in Sambia (bei der Visana versichert). Dort erlitt sie ein schweres Schädel-Hirn-Trauma.
- Der versicherte Verdienst wird nach der Grundregel Art. 15 Abs. 2 UVG zum Volontariatslohn berechnet, weil ein abgeschlossenes Studium vorlag und das Volontariat statt einem Einkommen als Biologin frei gewählt sei (also kein Fall von Schnupperlehrlingslohn nach Art. 24 Abs. 3 UVV).
- Zeitpunkt des Fallabschlusses/Endzustand ist die Verlegung ins Pflegeheim, weil ab diesem Zeitpunkt keine Therapieoptionen für eine Wiedererlangung/Verbesserung der Arbeitsfähigkeit mehr gegeben waren (die Argumentation der Suva, die Verbesserung der Arbeitsfähigkeit könne hier kein Kriterium sein, weil das schon praktisch im Unfallzeitpunkt ausgeschlossen gewesen sei, wird verworfen. Die entgegenstehenden Beispiele sind gerade Fälle mit Heilbehandlung trotz bescheinigter voller Arbeitsfähigkeit).

Unfallversicherung – Keine Bindungswirkung!

BGer 8C_429/2021 vom 17. Mai 2022

- Zwar gibt es *keine Bindungswirkung UV an die IV*, aber bereits abgeschlossene Invaliditätsfestlegungen sind gegenseitig mit zu berücksichtigen.
- Rückweisung an die UV zu Abklärungen, wenn der RAD bei der IV völlig andere Schlüsse zog als die Kreisärztin, diese sich aber damit nicht auseinandergesetzt hat, sondern insbesondere auf ein Zumutbarkeitsprofil eines 3 Jahre alten Gutachtens verweist.

Arbeitslosenversicherung

8C_401/2014 vom 25. November 2014; Vorleistungspflicht

- Vorleistungspflicht der ALV (ATSG 70 II lit. b) endet erst mit *rechtskräftigem Entscheid* der IV.
- Unklar, ob ab Verfügung der IV der versicherte Verdienst nach AVIV 40b gekürzt werden kann.
- Wann Vorleistungspflicht endet, bleibt einzelfallbezogen; so und z.B. bei Zusprache IV-Grad 100 % Vorleistungspflicht mit Vorbescheid beendet.

Arbeitslosenversicherung

8C_670/2014 vom 30. Dezember 2014; Rückforderung

- ALV-Rückforderung wegen falsch berechnetem versichertem Verdienst aus Irrtum; Erlass?
- Leistungsbezüger muss sich auf *Berechnungen verlassen können* und nicht nach Fehlern der Verwaltung suchen; ohne spezielle Kenntnisse ist auch der versicherte Verdienst kaum nachvollziehbar.

Krankenversicherung – Verweigerte Krebsbehandlung

Urteil BGer 9C_712/2020 vom 24. Januar 2022

- Gemäss der *Pflichtleistungsvermutung* erfüllen von Ärztinnen und Ärzten resp. Chiropraktoren und Chiropraktorinnen erbrachte Leistungen eben diese WZW-Kriterien und müssen von den Krankenkassen übernommen werden.
- Im vorliegenden Fall hat die Krankenkasse einen vertrauensärztlichen Bericht vorgelegt, in welchem die WZW-Kriterien „*in Zweifel gezogen*“ wurden. Das Bundesgericht hat dazu festgehalten, dass das lediglich „*in Zweifel ziehen*“ nicht ausreicht, um die *Pflichtleistungs-vermutung* zu widerlegen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.



K S P A R T N E R

📍 Ulrichstrasse 14
CH-8032 Zürich

☎ +41 44 388 57 57
📠 +41 44 388 57 58

✉ info@kspartner.ch
🌐 kspartner.ch